

Abbau der Medienmacht des Nordens – Beschleunigung durch den Falkland/Malwinen-Konflikt?

Als am 4. April 1982 britische Soldaten auf dem Falkland-Archipel im Südatlantik sich mit den argentinischen Landungstruppen konfrontiert sahen, war man in Europa überrascht. Obwohl der Norden über die großen Nachrichtenagenturen verfügt, fehlten zu Beginn der Eskalation die Informationen.

In Großbritannien, dem klassischen Zeitungsländchen des Nordens, in dem der Presse schon traditionell ein sehr hoher Stellenwert zukommt¹, hatten die Medien es schwer, den Anspruch einer freien und ungelenkten Information, die ihrer Funktion in der demokratischen Willensbildung gerecht wird, durchzusetzen. Erst nach harten Auseinandersetzungen mit dem Verteidigungsministerium konnten Vertreter der Medien die »Task Force« begleiten.² Sie stützten diesen Anspruch auf eine traditionelle Pressefreiheit, die nur selten gebrochen wurde.

Zieht man ein historisches Beispiel heran, so bietet sich das Verhalten der britischen Regierung während des Zweiten Weltkrieges an, als Teilerfolge der Achsenmächte Großbritannien in Bedrängnis brachten. Selbst in dieser Situation gelang es den Medien und den politischen Gruppierungen, eine Etablierung der Zensur zu verhindern, und das Informationsministerium rückte von den Versuchen im Laufe des Krieges immer weiter ab.³ Anknüpfend an diese Tradition unterließ es die britische Regierung im Falkland-Krieg, die Medien durch Zensur zu disziplinieren, allerdings hat sie wiederholt die Haltung britischer Journalisten gebrandmarkt. Diese Aufrufe zu »patriotischerem Verhalten« schlossen jedoch im Gegensatz zur argentinischen Zensur keinerlei unmittelbare Sanktionen ein. Im übrigen ist die britische Presse in Zensurfragen sehr sensibel. Als Premierministerin Thatcher beispielsweise 1985 den »nordirischen Terroristen den Sauerstoff der Publizität« entziehen wollte und bei der BBC die Absetzung einer Sendung über Nordirland erzwang, führte dies zu einem Journalistenstreik; der Film wurde später doch gesendet. Von einer Medienlenkung kann man in diesem Zusammenhang noch nicht sprechen.⁴

Anders verhielt sich die Junta in Argentinien, welche verantwortlich für den gesteuerten Nachrichtenfluß im Lande war. Zu den wesentlichen Maßnahmen der Regierung Galtieri gehörte mit Beginn der Auseinandersetzungen um die Falkland-Inseln die Presselenkung.⁵ General Galtieri drohte den Medien bei Fehlverhalten Zwangsmaßnahmen an. Die Regierung konnte gleichfalls an eine traditionelle Haltung anknüpfen, denn schon unter Perón wurden Zwangsmaßnahmen gegen die Presse ausgeübt. Diese galten nicht nur der oppositionellen, sondern auch der regierungsfreundlichen Presse. In den Jahren 1973/74 mußte mit »El Mundo« (Tageszeitung), »Militancia« (Wochenzeitschrift) sowie »El Descamisado« und »El Peronista« eine Reihe von peronistischen Periodika ihr Erscheinen einstellen. Die damit verbundene Uniformierung⁶, welche in Ansätzen als Folge des »schmutzigen Krieges« schon vorprogrammiert war, brachte einen Einbruch in eine Entwicklung, von der man sich mehr Liberalität versprochen hatte. Die Medien sind hierbei als ein Baustein in einer Informationslandschaft zu sehen, die von Konformismus geprägt ist; sie

entwickelten sich infolgedessen zum Organ der Diktatur.⁷ Mit zeitlich unbegrenzter Haft für die Journalisten und Erscheinungsverbot für Zeitungen wurden die Redaktionen für den Fall des Verstoßes gegen die Verordnungen bedroht (Presse als Werkzeug der Führung). Diese Zwangsmaßnahmen stehen in direktem Gegensatz zu dem selbstgewählten Anspruch, den argentinische Zeitungen über Jahre hinweg an sich stellten und der mit der Rückkehr zur Demokratie nach der Wahl von Raúl Alfonsín zum Staatspräsidenten Ende 1982 auch wieder die argentinische Publizistik leitet.⁸

Als »Lehrmeister des Volkes« verstanden und verstehen sich die großen argentinischen Zeitungen, die nach eigener Auffassung die Politik ihres Landes mitbestimmen.⁹ Dennoch haben in Argentinien Zeitungsverbote, Sperrung der Papierzufuhr, Entlassung von Redakteuren (selbst Liquidierung im »schmutzigen Krieg«¹⁰) sowie Zensur die Presse immer wieder unter Druck gesetzt. Die optimistische Auffassung, die Zeitungen würden auf die Dauer die Gewinner sein, hat sich auf lange Sicht bestätigt; gleichzeitig vollzog sich die Wendung des Landes zur Demokratie. Bis zum Ende des Falkland-Konfliktes sah sich die Regierung aber immer noch als Kontrolleur der Medien, eine Lücke im Bereich der Presselenkung schuf lediglich die in Argentinien erhältliche Auslandspresse.

In den Jahren seit Beendigung des Falkland-Krieges hat das regionale Agenturprojekt der UNESCO, die Agencia Latinoamericana de Servicios Especiales Informativos, eine Belebung in der Berichterstattung der lateinamerikanischen Presse gebracht.¹¹ ALASEI ist eine Gemeinschaftswerk von Verbänden aus zehn lateinamerikanischen Staaten (im April 1986 kamen Peru und Guatemala hinzu), gegründet im Jahre 1983. Beteiligt sind die Regionalverbände der Journalisten (FELAP), der Kommunikationsforscher (ALAIC) und der publizistikwissenschaftlichen Hochschulen Südamerikas (FELAFACS). An der Gründung und Unterhaltung der Agentur beteiligt sich auch die UNESCO und das regionale Wirtschaftssystem SELA, dem alle lateinamerikanischen Länder angehören. Im Aufsichtsorgan der Agentur »Consejo« haben weitere Länder Südamerikas Beobachterstatus. Die ALASEI-Zentrale arbeitet in Mexiko und hat ein enges Netz regionaler Berichterstattung aufgebaut.¹² Anfang 1985 nahm die Agentur die journalistische Arbeit auf, und im Jahre 1986 bezogen bereits 200 Abonnenten die ALASEI-Dienste, erstellt von 18 Korrespondenten in den Hauptstädten Süd- und Zentralamerikas sowie der Karibik.¹³ An der Einrichtung der Agentur und des Korrespondentennetzes war im übrigen auch die Bundesrepublik Deutschland beteiligt, die als erste westliche Industrienation ALASEI als eine gesamtlateinamerikanische Nachrichtenagentur aufbauen half. Diese Initiative dient zum einen der Verstärkung der regionalen Berichterstattung, zum anderen aber auch der Verbesserung des Nord-Süd-Dialoges der Medien.¹⁴ Argentinien hat in der Agentur zur Zeit lediglich Beobachterstatus.

Weitere Projekte zur Verbesserung des Nachrichtenflusses wurden seither eingeleitet oder verwirklicht. Acht südamerikanische und eine mexikanische Tageszeitung pflegen z. B. seit 1983 den regelmäßigen Austausch von Hintergrundberichten und Analysen. So ist es leichter, nationale Grenzen zu überwinden und die Entwicklung im Medienbereich zusätzlich zu fördern. Einen weiteren Aspekt hat diese Entwicklung sowohl für Argentinien als auch für Südamerika insgesamt: Die Medienmacht des Nordens wird zugunsten eines zunehmend gleichberechtigten südlichen Partners abgebaut.¹⁵ Das Prinzip des »free-flow« von Informationen, des freien Informationsflusses, 1945 in die Charta der Vereinten Nationen aufgenommen, setzt sich immer stärker durch. Es hatte bereits 1969 auf der

UNESCO-Generalkonferenz mit der Forderung der Dritten Welt nach »ausgewogenem Informationsfluß« eine wesentliche Zusatzforderung bekommen. Als 1976 die westlichen Länder vereinbarten, der Dritten Welt Medienhilfe anzubieten, war ein weiterer Schritt zum Ausgleich des Nord-Süd-Gefälles getan, dessen Manifestation 1978 in der UNESCO-Mediendeklaration erfolgte. Die im Oktober 1983 vollzogene Gründung der ALASEI muß man in diesem Zusammenhang als Teil aktiver Medienhilfe sehen, nicht zuletzt dank der Initiative aus der Bundesrepublik Deutschland.

An dieser Stelle möchte ich aber davor warnen, allzusehr grundlegende Erfolge zu erwarten. Initiativen wie ALASEI können nur als Baustein im Rahmen weitreichender und vielfältiger Bemühungen verstanden werden, will man verhindern, daß ein noch größeres Ungleichgewicht entsteht. Wie wichtig eine verstärkte Aufmerksamkeit in Richtung Süden für den Norden ist, hat der Falkland/Malwinen-Konflikt exemplarisch gezeigt. Sicherlich hat er auch Anregungen gegeben, überkommene Kommunikationsstrukturen zu überdenken. Dennoch sind wir von einem Gleichgewicht der Partner schon wegen der ungleichen Voraussetzungen wohl noch ebenso weit entfernt wie vor den Auseinandersetzungen im Südatlantik.

ANMERKUNGEN

- 1 vgl. Hansjürgen Koschwitz: Publizistik und politisches System. München 1974, S. 24 sowie Hansjürgen Koschwitz: Der Falkland-Krieg als Medienereignis. Zur Rolle der Massenkommunikationsmittel im internationalen Konflikt. In: »Publizistik«, 28. Jg. 1983/Heft 1, S. 56ff.
- 2 siehe Lawrence Freedman: The war of the Falkland-Islands. In: »Europa-Archiv«, 16, 1982, S. 209f. Vgl. zur Beziehung Medien – Streitkräfte weiter: Alan Hooper: The military and the media. Aldershot, Hants 1982.
- 3 vgl. James Curran / Jean Seaton: Power without Responsibility. Glasgow 1981, S. 97f.
- 4 vgl. »General-Anzeiger« (Bonn) vom 8. August 1985. – Dennoch beklagen britische Publizisten die einengende Rechtspraxis über Faktenveröffentlichung (z. B. bei laufenden Gerichtsverfahren). Es kam die Bezeichnung »half-free press« auf. Siehe: »The Times« vom 5. März 1974. Vgl. jedoch P. Snow vom »Guardian«: Er wird wegen seiner Berichterstattung als »Verräter« bezeichnet (»Süddeutsche Zeitung« vom 12. Mai 1982). Vgl. auch »Daily Telegraph« vom 12. Mai 1982: Der Daily Telegraph verteidigt BBC gegen den Vorwurf des mangelnden Patriotismus.
- 5 vgl. Wolfgang Heuer / Wolfgang Obereit: Argentinien zwischen Peronismus und Videla-Diktatur. Köln 1978, S. 96. – Die Journalistenverfolgung unter Videla sowie die zahlreichen Maßnahmen gegen unliebsame Berichterstattung im »schmutzigen Krieg« schlossen sich an.
- 6 vgl. Karl Dietrich Abel: Presselenkung im NS-Staat. Berlin 1968, S. 104. Siehe auch Wolfgang Bergsdorf: Massenkommunikation und politischer Prozeß. Oberhausen 1971, S. 41.
- 7 Der Rundfunk wurde unter Perón nach dem Zweiten Weltkrieg unter staatliche Kontrolle gestellt und neu strukturiert; das Fernsehen ab 1974 partiell verstaatlicht. Vgl. Anibal Ford / Jorge B. Rivera: Die Massenmedien. In: Jose A. Friedl Zapata: Argentinien. Tübingen und Basel 1978, S. 332–335. Zum Begriff »Organ der Diktatur« siehe Paul Roth: Die kommandierte öffentliche Meinung. Stuttgart 1982, S. 35ff. Vgl. auch Hansjürgen Koschwitz: a. a. O., S. 59.
- 8 vgl. Gunter Weller: Beispiele und Anmerkungen zur gegenseitigen journalistischen Berichterstattung in Lateinamerika und in der Bundesrepublik Deutschland. Vortrag im Ibero-Club Bonn vom 19. Juli 1984, Manuskript S. 3.
- 9 ebenda.
- 10 Über 100 Journalisten und 200 Wissenschaftler verschwanden innerhalb von zwei Jahren während des »schmutzigen Krieges« der nachperonistischen Ära Ende der siebziger Jahre. Vgl. Insight Team: The Falklands War. Glasgow 1982, S. 9.
- 11 vgl. Gunter Weller: Neue Nachrichtenagentur Lateinamerikas. In: »Entwicklung und Zusammenarbeit«, Jg. 1983/Heft 11, S. 20.
- 12 vgl. »Excelsior« vom 25. Januar 1985 sowie »epd-Entwicklungspolitik«, Jg. 1985/Nr. 3.
- 13 vgl. »Entwicklung und Zusammenarbeit«, Jg. 1985/Heft 7–8, S. 41.
- 14 vgl. »Entwicklung und Zusammenarbeit«, Jg. 1983/Heft 11, S. 20 sowie Jg. 1985/Heft 2, S. 22.
- 15 vgl. zum hier angesprochenen Problemkreis Reiner Steinweg: Medienmacht im Nord-Süd-Konflikt: Die Neue Internationale Informationsordnung. In: »Friedensanalysen«, Jg. 1984/Heft 3; Holger Rust: Auf dem Weg zu einer neuen Weltinformations- und Kommunikationsordnung. In: »Medien-Forum für aktuelle Probleme der Kommunikationspolitik und Medienpädagogik«, 3. Jg. 1981, Sonderheft; Deutsche UNESCO-Kommission u. a. (Hrsg.): Viele Stimmen – eine Welt. Kommunikation und Gesellschaft heute und morgen. Bericht der Internationalen Kommission zum Studium der Kommunikationsprobleme unter dem Vorsitz von Sean MacBride an die UNESCO. Konstanz 1981.